

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Lobner, Mag. Schneeberger, Schuster, Moser, Mag. Hackl, Mag. Karner, Kaufmann, MAS, Ing. Ebner, MSc, Heinreichsberger, MA, Ing. Rennhofer, Schödinger, Göll, Kasser, Maier, Schmidl, Ungersböck, Mold, Balber, Hauer, DI Dinhobl, Hogl, Edlinger, Ing. Schulz, Erber, MBA, Gepp MSc, Kainz, Dr. Michalitsch und Hinterholzer, gemäß § 33 LGO

betreffend **Autobahnen- und Schnellstraßen-Projekte in NÖ: keine Verzögerungen in der Umsetzung**

Die in NÖ notwendigen Projekte auf Autobahnen und Bundesstraßen sind im Bundesstraßen-Gesetz festgeschrieben.

Die Umsetzung des Bundesstraßen-Gesetzes fällt in die Zuständigkeit des BMK bzw. in Ihre Kompetenz als zuständige Ministerin.

Aufgrund von massiven Zeitverzögerungen durch Einsprüche in den Verfahren sind bei der Umsetzung einzelner, sehr wichtiger Projekte inzwischen derartige Verspätungen eingetreten, die den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern schon lange nicht mehr zumutbar sind.

Die von Frau BM Gewessler am 29.6.2021 an den Vorstand der Asfinag erteile Eigentümer-Weisung, die einen De-Facto-Umsetzungsstopp für alle Neubauprojekte und weitere wichtige Projekte auf Autobahnen und Schnellstraßen bedeutet, hat die Situation dramatisch verschärft.

Es handelt sich vor allem um folgende Neubau-Projekte:

o S 1, Lobauquerung

o S 8, Marchfeld-Schnellstraße

o S 34, Traisental-Schnellstraße

Und folgende weitere Verkehrssicherheits-Projekte:

- o A 22, Donauuferautobahn, Spurzulegung bei Stockerau
- o A 2, Spurzulegung Kottlingbrunn-Wöllersdorf-Wr.Neustadt
- o S 4, Sicherheitsausbau Wr.Neustadt-Mattersburg
- o A 4, Spurzulegung Bruck West-Neusiedl

Neben der fehlenden Entlastung der Bevölkerung vom vermeidbaren Durchzugsverkehr, einer damit nicht eintretenden Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger ergeben sich durch die Verzögerungen der Projekte vor allem auch negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung mehrerer Regionen in NÖ.

Eine weitere Verzögerung der Projekte ist den Bürgerinnen und Bürgern längst nicht mehr zumutbar und führt zu vermehrten Aufwendungen für NÖ auf dem Landesstraßen-Netz sowie zum Entgang von LKW-Mauteinnahmen bei der Asfinag und damit beim Bund.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag möge beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, insbesondere die zuständige BM Leonore Gewessler heranzutreten und sie zu ersuchen,

1. die an den Vorstand der Asfinag am 29.6.2021 erteile Eigentümer-Weisung, die einen Umsetzungs-Stopp für alle sehr wichtigen Projekte auf Autobahnen und Schnellstraßen in NÖ bedeutet, sofort zurückzunehmen und zu ersuchen, dass angesichts der dramatischen Situation für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger dringend Schritte zur Beschleunigung der Umsetzung der im Bundesstraßen-Gesetz festgelegten Projekte auf Autobahnen und Schnellstraßen in NÖ gesetzt werden sowie

2. dafür zu sorgen, die Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie die geplanten Ausbaumaßnahmen weiterzuführen.“